

In Dornach «beisst man auf Granit»

Dem Baustopp am Juraweg 13 liegt ein alter Konflikt zugrunde. Einig sind sich Unternehmer und Nachbar nur im Ärger über die Gemeinde.

Michael Meury

«Es soll endlich gehandelt werden», sagt Daniel Marston. Der Dornacher steht vor dem einzigen nicht fertiggebauten Haus der Siedlung am Juraweg 13, einem anthroposophischen Ensemble unweit des Goetheanums. «Betreten des Grundstücks verboten», warnt ein Schild an gestapelten Bodenplatten auf der ungedeckten Terrasse. Unmontierte Metallgeländer säumen die Betonfläche. «Seit fünf Jahren dauert der Baustopp an», erklärt Marston. Viel würde nicht mehr fehlen, innert drei Monaten könnten die Wohnungen und der Vorplatz fertiggestellt werden.

Marston und Therese Anner fordern mit weiteren Anwohnenden der Umgebung per Petition eine Aufhebung des Baustopps. Vor zwei Monaten hätten sie die ersten 269 Unterschriften eingereicht, bisher aber keine Rückmeldung erhalten. «62 weitere sind dazu gekommen, wir sammeln bis Ende Mai.»

Der Streit reicht Jahrzehnte zurück

2018 verfügte die Dornacher Bauverwaltung einen Baustopp für das Projekt der Stiftung Trigon, vertreten durch den Generalunternehmer und Architekten John C. Ermel. Der Grund: Er baute keine Erschliessungsstrasse zum Grundstück der Nachbarnfamilie Parodi, wie es in einem Gestaltungsplan von 2003 vorgesehen gewesen wäre.

Ermel, dessen Projekt fast fertig war, legte Beschwerde ein: Sein Projekt sei 2013 von der Gemeinde bewilligt worden. Da er aber für manche bloss mündlich bewilligten Bauschritte keine gestempelten Pläne vorweisen konnte, verlangte die Dornacher Bauverwaltung 2018 ein Nachtragsbaugesuch. Gegen dieses er-

«Der Baustopp gilt weiterhin, bis das Verfahren abgeschlossen ist.»

Daniel Urech
Gemeindepräsident Dornach

hoben die Nachbarn nach Einreichung Einsprache. Dieses Verfahren ist noch immer hängig.

Daneben läuft der Streit um die Erschliessungsstrasse, die Ermel nicht bauen möchte, die Nachbarn aber fordern. Diesen Zwist erhob die Gemeinde 2021 per Verfügung zur zivilrechtlichen Angelegenheit. Wer immer ihn schlichten wollte, habe sich die Zähne ausgebissen, sagen die Petitionäre, denn «im Fall Juraweg beisst man auf Granit».

Architekt fordert «endlich Rechtsgleichheit»

Drei Wohnparteien warten auf einen Einzug. Der Metallbauer, die Fensterbaufirma und andere sind Konkurs gegangen. «Es ist ein Desaster, das mit Rechtsstaat nichts zu tun hat», meint Ermel. Er spricht von «Seilschaften» zwischen den Nachbarn und dem damaligen Bauverwalter, der den Baustopp verfügt hat.

«Für alles, was gebaut wurde, gibt es rechtliche Zusagen», beteuert er. So auch für seine Baupläne für das letzte Haus. «Mit gesundem Menschenverstand ist es unbegreifbar, wieso



Lassen nicht locker: Therese Anner und Daniel Marston sammeln weiter Unterschriften. Bild: Kenneth Nars

die Gemeinde das seit fünf Jahren hängige Nachtrags-Baugesuch nicht bearbeitet», sagt er. Der Gemeindepräsident habe es in der Hand, das zu ändern aber

bleibe untätig. «Für uns ist das Haus kein Problem, wir wollen die Zufahrtstrasse», erklärt Ly-sander Parodi. Entgegen den Vorwürfen Ermels distanzierter

sich von der Gemeinde und spricht von «katastrophalem Fehlverhalten», nämlich dass die Einsprachen noch immer nicht bearbeitet würden. «Die

Gemeinde entzog sich zudem mit der Verfügung, den Streit zur zivilrechtlichen Sache zu erheben, der Verantwortung», so Parodi. Denn diese müsse dafür sorgen, dass der Gestaltungsplan von 2003, laut dem die Stiftung Trigon zum Bau der Zufahrtstrasse verpflichtet sei, umgesetzt werde. «Solange das Verfahren um den Baustopp läuft, wird eine Petition nichts ändern.»

«Kein Raum für Verhandlungslösung»

Der Gemeinderat werde erst in Abstimmung mit der für das Verfahren zuständigen Bau-, Werk- und Planungskommission eine Antwort auf die Petition geben, sagt Gemeindepräsident Daniel Urech. «Alles dauert unbefriedigend lange, weil mehrere Parteien anwaltlich vertreten sind», doch es sei wichtig, dass im Rahmen des Rechts «zügig und korrekt» gehandelt werde. Für eine Verhandlungslösung sehe er «derzeit keinen Raum, da in erster Linie nun das hängige Baugesuch bearbeitet werden muss». Der «gerichtlich überprüfte und gutgeheissene Baustopp» gelte, bis das Baugesuchsverfahren abgeschlossen sei. Der Grund für den Baustopp sei, «dass anders als bewilligt gebaut wurde». Dies könne nicht der Gemeinde angelastet werden.

Den «persönlichen Angriff» Ermels auf den ehemaligen Bauverwalter goutiert er nicht, er weise diesen zurück und werde ihn nicht kommentieren. Den Vorwurf Parodis, die Gemeinde habe sich per Verfügung ihrer Verantwortung entziehen wollen, weist Urech von sich. Das kantonale Bau- und Justizdepartement stütze die Verfügung. «Die Erschliessung müssen die Grundeigentümer realisieren, das kann nicht auf die Gemeinde abgeschoben werden.»

Die Zahlen der Kriegsflüchtenden pendeln sich ein

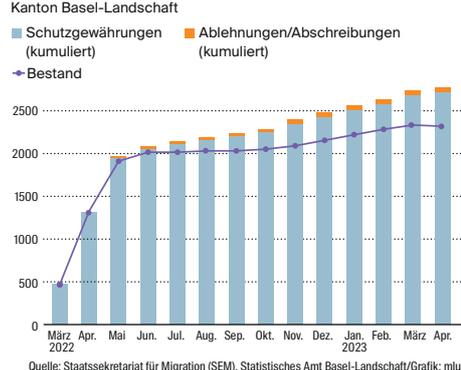
Im Baselbiet hielten sich Ende April gut 2300 Personen aus der Ukraine mit Status S auf.

Simon Tschopp

Als Folge der Kriegswirren in der Ukraine verzeichnet das Baselbiet seit dem vergangenen Jahr einen Zustrom an schutzsuchenden Personen. Die Daten zu den Personen mit Status S werden vom Staatssekretariat für Migration (SEM) regelmässig publiziert und für den Kanton Baselland monatlich zusammengefasst.

Gemäss Informationen des SEM, der für die Ausländerbewilligungen zuständigen nationalen Behörde, sind bis Ende April 2023 im Baselbiet insgesamt 2718 Schutzgewährungen für Personen erteilt worden. Stand Ende des vergangenen Monats zählt der Kanton 2316 Personen mit Status S, das sind leicht weniger als noch Ende März 2023. Basel-Stadt wurden seit Frühling 2022 insgesamt 1917 Geflüchtete aus

Schutzgewährungen seit März 2022



der Ukraine zugewiesen. Dort dürften derzeit rund 1700 Personen mit Status S leben. Ge-

naue Zahlen dazu waren gestern vom Kanton Basel-Stadt nicht zu erhalten. Mitte März

2022 erreichte im Baselbiet die Anzahl neuer Gesuche mit 411 innert Wochenfrist ihren Höhepunkt. Bisher gingen im laufenden Jahr im Wochenschnitt noch 17 Gesuche ein, teilt der Kanton Baselland mit. Von den gestellten Gesuchen würden nur einzelne abgelehnt oder beispielsweise wegen fehlender Auffindbarkeit abgeschrieben.

Gut 40 Prozent der Flüchtlinge aus der Ukraine sind unter 25 Jahre alt. Allein Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren machen 28 Prozent aller Personen mit Schutzgewährung aus. Per Ende letzten Monats befanden sich 648 aus der Ukraine geflüchtete Kinder mit Schutzstatus S in der Zuständigkeit des Kantons Baselland. Weitere 290 Personen sind im Alter von 15 bis 24 Jahren, und 1378 sind 25-jährig oder älter.

Die Mehrheit der Flüchtenden sind Frauen. Insgesamt haben sie einen Anteil von fast

zwei Dritteln. Bei den 25-Jährigen und älteren Schutzsuchenden beträgt der Frauenanteil 73 Prozent, wobei er im Juni 2022 noch bei 80 Prozent gelegen hat.

Beide Basel über dem nationalen Durchschnitt

Per 30. April 2023 lag die Zahl der Personen mit Status S schweizweit bei 65644 Personen. Gemessen an der Wohnbevölkerung entspricht dies 7,5 Geflüchteten aus der Ukraine auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Im Baselbiet liegt dieser Wert mit 7,9 leicht über dem Schweizer Durchschnitt. In Basel-Stadt kommen auf 1000 Einwohnende gar 8,6 Personen mit Schutzgewährung. Insgesamt sind die Flüchtlinge aus der Ukraine ziemlich gleichmässig auf die Kantone verteilt.

Für Banntage ohne Schiesslärm

Petition für Verbot Das Böllerschüssen an Banntagen soll mit einem kantonalen Verbot belegt werden. Dies fordern die Grünen-Unabhängigen mit einer Petition an den Landrat. Das Komitee hat gestern mit der Unterschriftensammlung begonnen. In den meisten Baselibieter Gemeinden sei der Banntag ein geselliger Familienanlass ohne Schiesslärm. In Lausen ist gar «jegliches Schiessen aus Sicherheitsgründen verboten».

Vor allem in Liestal und Sis-sach wird im Siedlungsgebiet und beim Abschreiten des Bannes in die Luft geschossen. Die Organisatoren begründen dies mit einer langen Tradition, für viele Einwohnende sei dieses Gebölle jedoch eine erhebliche Belästigung, finden die Grünen-Unabhängigen. Zudem würden dadurch Wildtiere während der Hauptbrut- und Setzzeit gestört. Die Grünen-Unabhängigen wollen mit der Petition eine breite Debatte lancieren. (bz)